



Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczuk/Ehrhart Neubert, *Die verdrängte Revolution: Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte (Analysen und Dokumente: Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik 25)*, Bremen 2004 (edition Temmen), 847 S.

Die historische Tradition der deutschen Demokratie fußt ganz zu recht wesentlich auf dem Widerstand gegen das barbarische Regime des Nationalsozialismus und auf der „Holocaust-Identität“. Dies war nach dem Sieg über das „Dritte Reich“ nicht selbstverständlich und musste in einer jahrzehntelangen geschichtspolitischen Auseinandersetzung mühsam errungen werden. Ein Defizit demokratischer nationaler Geschichtstradition der Bundesrepublik war es dabei immer, dass sie nicht auf einer erfolgreichen Revolution gegen totalitäre Herrschaft beruhte. Dies änderte sich erst mit der friedlichen Revolution von 1989 und der deutschen Wiedervereinigung. Die Ostdeutschen brachten ihre Geschichte von Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in das nunmehr vereinte Deutschland ein.

Die in den letzten Jahren intensiv vorangetriebene Forschung zu widerständigem Verhalten in der DDR brachte auch zahlreiche neue Forschungsergebnisse zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Dabei wurde deutlich, dass der Aufstand erheblich größere Teile der Bevölkerung auf die Beine brachte als bisher bekannt, die Aktionen erfassten mehr als 700 Städte, Orte und Dörfer und er war von Anfang an mit politischen Forderungen wie denen nach freien Wahlen und der deutschen Wiedervereinigung verbunden. Und so war die Frage gerechtfertigt und nahezu zwangsläufig, ob die Ereignisse in den Tagen um den 17. Juni herum nicht auch als Revolution zu charakterisieren wären.

Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczuk und Ehrhart Neubert bekennen sich in ihrem beeindruckenden Standardwerk konsequent zum Volksaufstand als Revolution, eine Revolution, die scheiterte und erst 1989 vollendet werden konnte, und eine Revolution, die im öffentlichen Bewusstsein der Deutschen weitgehend verdrängt war. Die von den Autoren für diese These ausgebreitete Argumentation überzeugt. In einer engen Verbindung von Ereignis- und Rezeptionsgeschichte passen sie den 17. Juni 1953 in den Rahmen der Aufstände und Revolutionen gegen den sowjetischen Kommunismus ein und geben gleichzeitig eine Übersicht über diese. Allerdings werden die allgemein anerkannten Kriterien einer Revolution, die doch leicht zu beschreiben wären, nicht systematisch dargestellt. Ein weiteres Manko ist die schwache theoretische Begründung der Verwendung des Revolutionsbegriffs durch Neubert. Notwendig wäre dagegen die Diskussion der gängigen Revolutionstheorien gewesen, zu denen auch marxistische Interpretationen gehören. Wäre dies geschehen, wäre die Begründung für die Sicht auf den 17. Juni 1953 als Revolution deutlicher geworden. Und ge-

nauso deutlich hätte dann gemacht werden können, dass die DDR eine totalitäre Diktatur war, an der es nichts zu verniedlichen gibt.

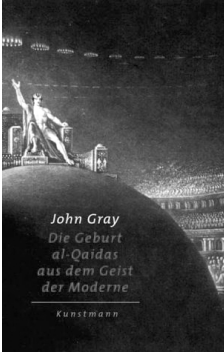
Der von Eisenfeld, Kowalczuk und Neubert gebrauchte Revolutionsbegriff macht Sinn, wenn auch noch geklärt werden muss, ob nicht durchgehend von einer gescheiterten Revolution gesprochen werden sollte. Die gegen die Sicht auf den Volksaufstand von 1953 als Revolution vorgebrachten Argumente, dass dieses Ereignis mit anderen Aufständen nichts gemein hätte oder dass Führer wie Cromwell, Danton, Washington oder Lenin gefehlt hätten, überzeugt nicht. Und es geht den Autoren offensichtlich auch nicht um einen geschichtspolitischen Paradigmenwechsel, sondern um eine Erweiterung europäischer Freiheitstraditionen. Dazu ist auch eine Abrechnung mit dem Kommunismus und der Verblendung kommunistischer Intellektueller notwendig.

Detailliert legen die Autoren die Rezeptionsgeschichte des 17. Juni in Ost und West als Verdrängungsgeschichte dar. Dazu kommt die Geschichte des 17. Juni-Komitees in West-Berlin als von der Staatssicherheit bespitzelte und von westlichen Geheimdiensten durchgesetzte Organisation. Besonders Kowalczuk offenbart dabei eine stupende Kenntnis der relevanten Literatur, die er souverän verarbeitet. Dies ist vorbildlich, wird jedoch durch eine oberlehrerhafte Art beeinträchtigt, den moralischen Zeigefinger gegenüber Wissenschaftlern und Schriftstellern mit dem Argument zu erheben, weder „Freund noch Feind schonen“ (S. 22) zu wollen. Die Unterteilung anderer Autoren scheint danach zu erfolgen, in wie weit ihre Arbeiten oder Verhaltensweisen der Einschätzung des 17. Juni als Revolution für Freiheit und Einheit entsprechen. Und zumindest zu fragen ist, ob die Bezeichnung „SED-Historiker“ heute noch trägt.

Ob – wie die Autoren meinen – die Ziele von 1953 und 1989 weitgehend übereinstimmen, ist fraglich. Richtig scheint dagegen zu sein, dass 1953 bereits innerhalb von Stunden Forderungen erhoben wurden, deren Realisierung die Herrschaft der SED beendet hätte, während es in der friedlichen Revolution doch sehr lange um einen Reformansatz ging.

Heute ist noch offen, ob die Zeit für einen revolutionären „Großmythos“ in Deutschland schon gegeben ist. Trotzdem haben die Autoren mit ihrer Forderung recht, die ostdeutschen Revolutionen in den Kanon der Traditionen der Bundesrepublik aufzunehmen und sie in die Freiheitsgeschichte Ostmitteleuropas zu integrieren. Diese Aufstände sind Teil einer europäischen Erinnerung auf der Basis gemeinsamer Freiheitstraditionen. Als revolutionäre Volksbewegung für einen demokratischen Verfassungsstaat waren sie auch ein Kampf der Mutigen gegen die Diktatoren, des Aufbäumens der Bürger mit dem Ziel des Erringens ihrer Freiheit. Und nicht zuletzt gehören sie zu den Werten, die Ostdeutsche ins vereinte Deutschland eingebracht haben.

PD Dr. Rainer Eckert, Berlin/Leipzig



John Gray, Die Geburt al-Qaidas aus dem Geist der Moderne, München 2004 (Verlag Antje Kunstmann), 175 S.

Am 11. September sind nicht nur zwei Hochhäuser in New York zum Einsturz gebracht worden. Mit dem Anschlag auf das World Trade Center, dem Symbol des demokratischen Kapitalismus, seien auch die ideellen Fundamente des Westens erschüttert worden. Al-Qaida habe die Grundüberzeugung der westlichen Welt, den Glauben an die Aufklärung, zerstört. Der Mythos der Moderne, das Versprechen an die Menschheit, dass Wissenschaft und technischer Fortschritt, freie Marktwirtschaft und Demokratie zu globalem Heil, Wohlstand und Frieden führen würden, dieser Mythos der Machbarkeit sei durch den islamischen Terror widerlegt (S. 11). Das ist die zentrale These von John Grays neuem Buch „Die Geburt al-Qaidas aus dem Geist der Moderne“.

Bei seinen Betrachtungen geht es John Gray gleichwohl weniger um Al-Qaida als vielmehr grundsätzlich um die Geburt totalitärer Tragödien, die aus dem Geist der Moderne aufsteigen. Auch wenn der deutsche Titel an Nietzsche erinnert, John Gray geht es nicht um eine radikale Vernunftkritik. Im englischen Original heißt es daher auch nüchterner „Al Qaeda and What It Means to be Modern“. Es ist diese Frage nach der Bedeutung der Modernität und danach, was es heißt, modern zu sein, die den Professor für European Thought an der London School of Economics umtreibt. In acht knappen, essayistisch gehaltenen Kapiteln zeichnet John Gray unsere Verstrickung auf, wonach die totalitären Angriffe gegen die Moderne selbst Nebenprodukte der Moderne sind. Der Gedanke, den John Gray uns zumutet, lautet: Al-Qaida ist ein Abfallprodukt auch unseres Geistes (S. 151).

Al-Qaida sei eine moderne Erscheinung. Das Terrornetzwerk um Osama bin Laden sei kein Rückfall ins Mittelalter, es ist die erste multinationale Terrororganisation der Welt. Kommunikationstechnologie, asymmetrische Kriegsführung und der dezisionistische Habitus, eine bessere Welt erzwingen zu können, seien eine spezifisch moderne Reaktion auf die Moderne. Sie entspringe unserem Geist.

Der Glaube, dass wir die Welt durch Wissen und Technik zum Guten fortschreiten lassen können, gebiert Ungeheuer, von denen Al-Qaida nicht das letzte sein wird. John Gray konzentriert sich deshalb auf das Fortschrittsdenken. Es findet sich im Positivismus, Kommunismus und Nationalsozialismus ebenso charakteristisch wieder wie im Neoliberalismus und eben auch in den Erlösungsphantasien des radikalen Islamismus. Dabei ist der moderne Fortschritts Glaube eine Mutation christlichen Hoffens (S. 18). Geschichte wird nicht zyklisch gedacht, sondern linear gemacht. Die ersten Modernisierer waren die Positivisten um Saint-Simon und Comte. Ihr Katechismus hatte drei Glaubenssätze (S. 42). Erstens: Wissen und Technologie treiben die Gesellschaft voran.

Zweitens: Der wissenschaftliche Fortschritt überwindet Hunger, Armut, Elend und Not. Drittens: Mit wachsendem Wohlstand enden Ungerechtigkeit und Krieg. Schließlich gleichen sich die Wertvorstellungen der Menschen einander an und das Hoffen auf einen Weltfrieden findet seine irdische Verwirklichung (S. 60). Auch wenn John Gray souverän ignoriert, dass es sich hier um eine säkulare Gestalt des Gnostizismus handelt, den bereits der griechische Kirchenvater Irenäus kritisiert hat, seine groben, sarkastischen Pinselstriche über die positivistischen Kulte und „Tempel der Humanität“ (S. 45 f.) sind treffend.

Das positivistische Credo beseelte nicht allein Marx' kommunistisches Ideal. Indem es sich mit einem revolutionären Terror paarte, gebar es drei Projekte, die sich in ihrem totalitären Willen, den Weltgang zu beschleunigen, gleichen: Das sowjetische Experiment, der nationalsozialistische Wahn und schließlich der anhebende radikale Islamismus (S. 17 f.).

Al-Qaida ist eine radikale islamistische Bewegung. Dennoch sei sie ein Phänomen entstanden aus unserem Geist. John Gray argumentiert, dass diese Bewegung die Vernunft ablehnt (S. 40). Im Gegensatz dazu war die Welt des Mittelalters im Glauben vereint, ohne die Vernunft zu verachten, da sie als Teil der Natur galt. Erst das aufklärerische Ideal einer allein auf Vernunft basierenden Zivilisation rief als Reaktion den romantischen Glauben hervor, die Welt könne durch einen Willensakt, einen Ausdruck der Subjektivität verändert werden. Al-Qaida sei solch eine romantische Bewegung. Als solche liege sie im Denken der europäischen Gegenaufklärung begründet. „Der radikale Islam ist ein Symptom der Krankheit, gegen die er sich als Heilmittel versteht.“ (S. 41)

Die Pointe von John Gray lautet: Al-Qaida sei schlimm, doch das Grundübel ist das positivistische Credo, das in unserer neoliberalen Weltsicht fortwirke. Die Modernisierer des IWF seien lediglich „Anhänger eines vergessenen Kults“ (S. 62). Fukuyama hege Marx' Traum mit umgekehrten Vorzeichen. Nicht planwirtschaftliche Industrialisierung, sondern der freie Weltmarkt führe zu Wohlstand, Freiheit und Gleichheit in einer globalisierten, klassenlosen Welt (S. 79). Die Hoffnung, ökonomisches Wachstum sei grenzenlos bzw. durch technischen Erfindungsreichtum regenerierbar, ist jedoch trügerisch. „Die Grenzen des Wachstums sind nicht verschwunden, sie sind in Gestalt der Geopolitik zurückgekehrt.“ (S. 84). Ressourcenknappheit (Öl, Wasser), Klimaveränderung (Verwüstung, Überflutung) und das Wachstum der Weltbevölkerung zeitigen neue geopolitische Konflikte, die sich mit alten Feindseligkeiten verflechten. Dass die Spannung zwischen freiem Kapitalfluss und Beschränkung der Zuwanderung in die Wohlstandsoasen anschwillt, zeige vor allem die Metamorphose des Krieges, für die al-Qaida repräsentativ sei.

Während das Zeitalter der Monopolisierung der Gewalt Kriege verstaatlicht und rechtlich kodifiziert hatte, würden heute „post-clausewitzsche“ Kriege geführt (S. 98). Die Akteure seien zunehmend politische Organisationen, nichtstaatliche Milizen und fundamentalistische Netzwerke. Mit der Globalisierung des Kapitals gehe die Globalisierung privater Verbrechen einher. Die selbstmörderische Solidarität al-Qaidas lehrt uns das Fürchten und die Einsicht, dass sich

der missionarische Eifer einer Pax Americana, dass sich unser aufklärerisches Pathos selbst in Mythos verstrickt.

Der Glaube, dass wissenschaftlicher Fortschritt auch zu sozialem Fortschritt, zu Recht und Freiheit führe, setze Wissenschaft und Ethik gleich, obwohl beide grundverschieden sind (S. 142). Wissenschaft und technischer Fortschritt seien wert- und ziellos. Sie hätten keine Affinität zur liberalen Gesellschaft. Sie mündeten nicht fraglos in eine Welt gleicher Anschauung. Das ist ein metaphysischer Glaube, den John Gray nicht teilt. Er ist sich bewusst, Mythen dieser Art lassen sich nicht entkräften, sie verschwinden einfach – bestenfalls (S. 153). Deshalb ist sein dominantes Motiv nicht Belehrung und Ermahnung der islamischen Welt zu mehr Aufklärung, sondern Entlarvung und Diskreditierung eigener offizieller Fassaden, eigener politischer Moralansprüche und dargestellter Selbstüberzeugungen. Sein Attribut ist nicht Ideologiekritik, sondern Gelassenheit und Ironie in Zeiten des Terrors. Inwieweit diese relativistische Haltung für mehr Toleranz und Pluralität in der Welt trägt, bleibt gleichwohl mehr als offen.

John Grays Buch ist nicht die brillante Analyse, die uns der Klappentext verspricht. Die Tiefe einer „Dialektik der Aufklärung“ oder einer „Ordnung des Diskurses“ wird nicht erreicht. Es ist ein politischer Essay mit einer klaren Sprache, getragen von der Einsicht: Modern sein heißt zu wissen, dass Aufklärung und technischer Fortschritt den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der sich mit Al-Qaida ereignet. Verdrängen wir die Reflexion auf dieses rückläufige Moment in unserem Denken, so mildern wir die permanente Krise nicht, die es hergebracht hat.

Dr. Marc-Pierre Möll, Lehrbeauftragter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin



Jacco Pekelder, *Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949-1989* (Deutsch-Niederländische Beziehungen, 2), Münster 2002 (Agenda Verlag), 476 S.

Erich Honecker vor einer Pommesbude. Das Umschlagbild der von Dorothea Raspe umsichtig aus dem Niederländischen übersetzten Dissertation Jacco Pekelders zeigt eine Episode aus dem Staatsbesuch des Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik im Königreich der Niederlande, der im Sommer 1987 stattfand und den ersten Mann des Arbeiter-und-Bauern-Staates unter anderem nach Delft in das historische Kultzentrum

der Oranier-Monarchie führte.

Wie kam es hierzu? Welche Entwicklung nahmen die Beziehungen zwischen den Niederlanden und der DDR, die bis zur Anerkennung der DDR 1973 offiziell nur Nicht-Beziehungen sein durften? Welche Argumente bestimmten die seit

Mitte der sechziger Jahre öffentlich geführte Anerkennungsdebatte? Worin lag die späterhin zunehmende Anziehungskraft des „anderen Deutschland“ für bestimmte Kreise innerhalb des immer wieder als „kleiner Nachbar“ perzipierten Staatswesens westlich der Bundesrepublik? Gab es gar Übereinkünfte zwischen „Holland“ und der DDR im Hinblick auf den Umgang mit der Bundesrepublik? Kurzum: Welche Stereotype waren bildformend? Diesen und verwandten Fragen geht Pekelder in seiner materialreichen, in den Niederlanden kontrovers diskutierten Studie nach. Dabei bedient er sich zweier untersuchungsleitender Aspektzusammenhänge: der empirisch nachweisbaren Beziehungen einerseits und der mentalen Dispositionen in Form von Vorstellungsmustern andererseits. Historische Gegebenheiten und deren Perzeption oder, wie Pekelder es nennt, Beziehungen und Bildformung werden miteinander verknüpft, bilden zwei Seiten einer Medaille.

In eine Periode vor und nach der Anerkennung der DDR im Jahr 1973 unterteilt der am Deutschland-Institut in Amsterdam als Forschungsordinator tätige Wissenschaftler den vierzig Jahre umfassenden Zeitraum von 1949 bis 1989. Eine große Rolle spielen in der Untersuchung neben den staatsoffiziellen Beziehungen vor allem auch die persönlichen Kontakte, also die inoffiziellen Privatbeziehungen zwischen den Menschen im Osten und Westen. Besondere Aufmerksamkeit wird den Relationen im kirchlichen Bereich und denjenigen zwischen den kommunistischen Parteien gewidmet.

Die relative Überschaubarkeit der niederländischen Printmedien-Landschaft, die es Pekelder erlaubt, den öffentlichen Diskurs akribisch genau zu rekonstruieren, die ausgiebige Zeitzeugenbefragung sowie die umfassende Recherche in niederländischen und deutschen Archiven bilden die Grundlage des methodisch tadellosen und jederzeit transparenten Vorgehens, das nicht nur in Vielfalt und Differenziertheit des herangezogenen Quellenmaterials beeindruckt. Der Leser wird durch die drucktechnische Trennung von Text und Fußnotenapparat etwas vom Gebrauch dieser Informationsfülle abgehalten. Im Vergleich zur 1998 erschienenen Originalausgabe wurde der Fußnotenapparat zudem geringfügig komprimiert. Diese kleinen Kritikpunkte liegen sicherlich in der begrüßenswerten Ausrichtung der von Friso Wielenga herausgegebenen Reihe „Deutsch-Niederländische Beziehungen“ begründet, die darauf abzielt, ein möglichst breites Publikum für die Thematik zu gewinnen. Pekelders grundlegende Arbeit fand neben Wielengas „Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945“ als zweiter Band Aufnahme in diese neue Reihe, deren weitere Veröffentlichungen mit Spannung erwartet werden dürfen.

Die politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Beziehungen vor dem qualitativen Bruch im Jahr 1973 sind geprägt von der Nichtanerkennungspolitik. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis ehemaliger Handelsabkommen mit der sowjetischen Besatzungsmacht wurden ebenso substaatlich unter Beteiligung der niederländischen Handelskammer abgewickelt, wie auch die ökumenischen Kontakte im wesentlichen auf das persönliche Engagement von Hebe Charlotte Kohlbrugge und Bé Ruys innerhalb der Niederländischen Refor-

mierten Kirche (NHK) zurückzuführen sind. Für die Niederländische Gemeinde mit Sitz im Hendrik-Kraemer-Haus, dem Pfarrhaus der Berliner Gemeinde, bildete der Mauerbau 1961 eine außerordentliche Belastung. Die Beziehungen der kommunistischen Partei der Niederlande (CPN) zu ihrer Schwesterpartei waren vor allem finanziell motiviert. Der eigenwillige Vorsitzende Paul de Groot trug mit seiner distanzierten Haltung gegenüber der Sowjetunion zum Erlahmen der Kooperation bei.

Die Anerkennungsdebatte, die 1966 zuerst von der Partei der Arbeit (PvdA) ausgetragen wurde und sich bis Ende der sechziger Jahre auf andere Parteien ausweitete, parallelisiert der Autor mit den Entwicklungen innerhalb der Bundesrepublik und sieht eine Abhängigkeit der niederländischen Entwicklung vom Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Brandt.

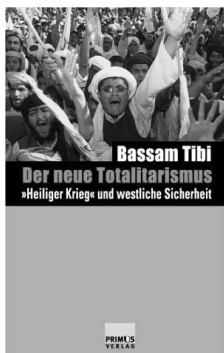
„In der zweiten Phase, seit der Anerkennung 1973, können die offiziellen niederländischen Beziehungen als normalisierte Beziehungen mit einem ‚anormalen‘ Staat bezeichnet werden“ (S. 349). Hervorzuheben ist insbesondere die Vereinigung Niederlande-DDR, die einseitig für eine engere Zusammenarbeit mit der DDR eintrat. Die ökumenischen Kontakte gerieten trotz ihrer Wechselseitigkeit vermehrt in affirmatives Fahrwasser. Bé Ruys unternahm gleichsam Werbetouren, um in ihrem Heimatland für das „andere Deutschland“ einzutreten. In diesem Zusammenhang weist Pekelder auf zahlreiche Forschungsdesiderate hin. Gebiete wie Sport, Kultur und Wissenschaft sind noch kaum unter den Aspekten der Beziehungen und Bildformung bearbeitet worden. Auch im kirchlichen Bereich bieten die christlichen Studentenvereinigungen, die Friedensbewegung, der Umgang der Staatssicherheit mit den Kirchenkontakten oder die Gemeindekontakte zahlreiche Ansatzpunkte für weitere Forschungen.

Den Wandel des antitotalitär geprägten DDR-Bildes, das die DDR in der niederländischen Öffentlichkeit zunächst als verlängerten Arm Moskaus erscheinen ließ, hin zu einer Idealisierung des „anderen Deutschland“ als sozialistischer Modellstaat deutet Pekelder als reflexives Anzeichen für die zunehmende Entfremdung linksgerichteter Kreise von den gesellschaftlichen Gegebenheiten in den Niederlanden. Ähnlich der bundesrepublikanischen Entwicklung entstand seit Ende der sechziger Jahre ein nahezu ethnologisch zu nennendes Interesse an der DDR, das sich in unzähligen Reportageserien und Reiseberichten niederschlug und die Wahrnehmungsmuster immens beeinflusste. Hinzu kam eine weit verbreitete Anti-Establishment-, Anti-Kalter-Krieg- und insgesamt antiwestliche Haltung, die ebenfalls zur Bildformung beitrug. Die zunehmende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit führte zu der Tendenz, dem selbstbekundeten antifaschistischen Deutschland einen Glaubwürdigkeitsvorsprung einzuräumen. Der ambivalente Umgang der meisten Niederländer mit der Wiedervereinigung ist deshalb gerade auch aus sozialpsychologischer Sicht zu verstehen.

Noch heute wirken Sympathien für die DDR in den Niederlanden nach. Die Ostalgie hat, wie es von Pekelder im Vorwort zur Übersetzung anhand der Eröffnung eines DDR-Museums angedeutet wird, auch die parlamentarische Mo-

narchie im Westen erreicht. Deshalb ist es um so nötiger, Studien, die zur Versachlichung der Diskussion beitragen, bekannt zu machen. Gleichsetzungen zwischen den Niederlanden und der DDR im Blick auf die Beziehungen zur Bundesrepublik werden nicht nur wegen der ungefähr vergleichbaren Bevölkerungsgröße noch immer gerne angestellt. Ein besonders kurioses Beispiel hierfür sind die verschiedenerorts erschienenen Artikel, die an das sogenannte Mäuerchen (*het muurtje*) erinnern, das die Grenzstädte Kerkrade und Herzogenrade jahrelang voneinander trennte. Das Gedenken daran steht in einem explizit europäischen Bezugsrahmen, da sich beide Städte mittlerweile zu der ersten europäischen Stadt Eurode zusammengeschlossen haben. Vor diesem Hintergrund gibt es in Anbetracht der Bildformung, deren Entwicklung Jacco Pekelder für die Jahre von 1949 bis 1989 eindrucksvoll nachzeichnet, besonders zu denken, wenn in einem Artikel von den Niederlanden und der DDR als von „den Ländern dies- und jenseits der beiden Mauern“ zu lesen ist, und wohl nicht ohne Stolz betont wird, dass das Mäuerchen „sogar noch älter war als der ‚antifaschistische Schutzwall‘ – und erst 1995 abgebaut wurde“¹. Weitere Arbeiten zur Bildformung, die – wie mit dem angeführten Beispiel verdeutlicht werden sollte – noch weit über die Zäsur von 1989/90 hinweg ihre Wirkung zeigt, sind daher unabdingbar.

Hans Jörg Schmidt, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Bassam Tibi, Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit, Darmstadt 2004 (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 243 S.

Vorweg ein Stoßseufzer des Rezensenten: Hätte der Autor sich doch bei der Behandlung seines Themas auf einen Zeitschriftenartikel beschränkt. Dem Leser wären nicht nur unzählige Redundanzen sowohl innerhalb des Textes als auch zu den letzten Büchern des Autors erspart geblieben. Auch die arroganten (Fehl-)Urteile über die deutsche Islam- und nahostbezogene Politikwissenschaft sowie die unangemessene Selbststilisierung des Autors als des einzigen Nahostexperten in Deutschland hätten – und sei es nur aus Platzgründen – unterbleiben müssen. Eine dergestalt themenbezogene Knappheit hätte es auch leichter gemacht, sich mit der zentralen These Tibis auseinanderzusetzen.

1 Elke Wittich, Doppelte Mauer – Doppelt Tor. Die Bundesrepublik zwischen der DDR und den Niederlanden. Betrachtungen zum Sparwasser-Tor von 1974. In: DA, 37 (2004), S. 399–404, hier S. 399.

Nun aber das Positive: Aller Redundanz entkleidet ist die zentrale These vom totalitären Charakter einer mit terroristischen Strategien ausgekämpften Dji-had-Konzeption bedenkenswert. Usama Bin Ladin ist für Tibi nicht ein Betriebs-unfall im Kontext der seit Jahrzehnten feststellbaren Bemühungen in der islami-schen Welt, den Islam als mobilisierende Kraft wieder in den politischen Raum zurückzubringen. In unzähligen Varianten wird Tibi auf 213 Seiten nicht müde zu versichern, dass es sich bei dem „totalitären Djihadismus“ im Gegensatz zum klassischen Djihad um „eine neue Formel des Terrorismus als irregulärer Krieg“ (S. 24) handle. Es ist das zentrale Anliegen des Buches zu warnen, diese neue Gefahr als zentrale sicherheitspolitische Bedrohung des beginnenden 21. Jahrhunderts ernst zu nehmen und ihr mit umfassenden Sicherheitsmaßnahmen zu begegnen. Bemerkenswert ist dabei nicht nur die radikale Verengung auf die Sicherheitsdimension, sondern auch Tibis harsche Zurückweisung aller sozial- oder politikwissenschaftlichen Erklärungsversuche des Phänomens des sich aus islamischer Dimension rechtfertigenden Terrorismus. Mit Nachdruck und wie-derholt verwirft er Erklärungsansätze, die den islamistischen Terrorismus mit der Globalisierung in Verbindung bringen. Vielmehr habe dieser seine Wurzeln im Islam. Er ist Ausfluss einer „neuen Deutung des Islam und bedient sich somit eindeutig einer religiösen Legitimation“ (S. 38). Anvisiert sei „eine totalitäre Weltordnung einer islamischen Gottesherrschaft“ (S. 29).

So weit, so gut. Das wäre eine interessante These für einen Aufsatz, mit dem sich die Wissenschaft, die Politik und die Sicherheitsorgane würden auseinan-derzusetzen haben. Aber was macht den Rest des Buches aus?

Die für einen Wissenschaftler legitimste Rechtfertigung, Gedanken in einem Buch auszubreiten, ist das Bemühen, geschichtliche und geistesgeschichtliche Zusammenhänge auszubreiten. Das tut der Autor zur Genüge; viel Neues aller-dings kommt dabei nicht zur Sprache. Über die Herleitung des militanten Islami-smus aus der Muslimbruderschaft und über die besondere Rolle Sayyid Qutbs ist viel geschrieben worden. Neues hätte der Autor mitteilen können, wenn auf die Rolle Saudi-Arabiens und der sich immer stärker artikulierenden inneren Konflikte in dem Land intensiver eingegangen worden wäre. Die jünge-sten Entwicklungen dort, d. h. die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den „Djihadisten“ und ihren einstigen Förderern in Gestalt des wahhabitischen Establishments zeigen, dass das eigentliche Problem nicht die unmittelbare Be-drohung des Westens, sondern der Kampf militanter Islamisten gegen Regime und politische Kräfte ist, die – übrigens auch in der Wahrnehmung hier im Wes-ten – als unzeitgemäß wahrgenommen werden. Das eigentliche Problem ist also nicht ein äußeres im Sinne einer massiven und umfassenden Bedrohung des Westens, sondern ein inneres, nämlich überlebte gesellschaftliche und politische Strukturen innerhalb der islamischen Welt selbst.

Eine wissenschaftlich weniger legitime Rechtfertigung, einen Gedanken zu ei-nem Buch aufzublähen, ist die ungehemmte Alleinstellung des Nahostexperten Bassam Tibi. Mit der Aura des in seiner Kindheit in Damaskus sozialisierten Muslims mag er sich von muslimischen Glaubensbrüdern als „sogenannten Is-

lam-Kennern“, die vom Djihad als einer nur friedlichen Anstrengung sprechen, polemisch abgrenzen. Die eigentliche Abrechnung aber gilt den „deutschen Gutmenschen“ (S. 19). Damit meint er alle diejenigen, die die von Tibi als dramatisch gesehene Bedrohung herunterspielen, den Stellenwert des Islam im „islamischen Terrorismus“ relativieren oder Konzepten des interreligiösen und interkulturellen Dialogs in der Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen „dem Westen“ und der „islamischen Welt“ den Vorrang einräumen. Nur wenige finden in Tibis Augen Gnade – unter ihnen Hannah Arendt, Max Horkheimer und Karl Popper: die eine mit ihrem Konzept des Totalitarismus, die beiden anderen in ihrer entschlossenen Verteidigung „der Freiheit“ bzw. der „offenen Gesellschaft“ (S.18) – rückt Tibi doch djihadistischen Totalitarismus in die Nähe des NS-Faschismus bzw. Stalin-Kommunismus (S. 43). „Außer Märchen und Stereotypen kennen die Europäer äußerst wenig vom Islam“ (S. 51); dies scheint auch für seinen Lehrer Jürgen Habermas zu gelten, den Tibi mehrfach angreift. Insbesondere in seiner Rede aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Oktober 2001 sowie in seinen Auslassungen zum Irak-Krieg habe Habermas erkennen lassen, dass er „leider nur wenig über den Gegenstand und wie mit ihm umzugehen“ sei, wisse. Der Frankfurter Philosoph habe den islamistischen Umgang mit der politischen Symbolik von „Salibiyya/Kreuzzüglertum“ nicht verstanden (S. 156). Auch Samuel Huntington verfällt Tibis Verdikt: Er bleibt mit seiner Analyse vom „Zusammenprall der Kulturen“ gleichsam auf halbem Wege zu der radikaleren Erkenntnis Tibis stehen.

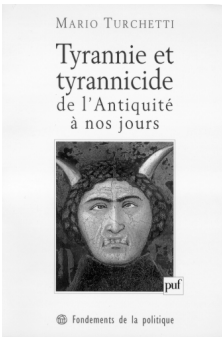
Mit dem Feldzug des amerikanischen Präsidenten George W. Bush gegen Saddam Hussein tut sich Tibi unüberhörbar schwer. Auf der einen Seite kann Tibi nicht umhin, dem kritischen Hauptstrom der öffentlichen Meinung zu folgen – es wäre zu fatal, wenn der einzige wirkliche Nahostexperte in Deutschland nicht vorhergesagt hätte, in welches Desaster Bush die Iraker führen und welche Auswirkungen es auf die Beziehungen zwischen „dem Westen“ und der „islamischen Welt“ haben würde. Auf der anderen Seite ist der kompromisslose Umgang mit totalitären Despoten – auch wenn sie nicht gerade djihadistisch sind – so recht nach dem Geschmack des Autors. Nicht nur Habermas, der den Krieg als „Vergeltung“ bezeichnet hat, wird attackiert. Härter trifft es „die Deutschen“ und vor allem Bundeskanzler Schröder. „Muslimen“ und „Deutschen“ wird pauschalisierend ihre Hausaufgabe verordnet: „Der Weg zum demokratischen Frieden erfordert, dass Muslime vom Djihad und Deutsche von den ‚deutschen Wegen‘ Abschied nehmen“ (S. 170). „Deutsche Wege“ seien immer für Deutschland und Europa gefährlich gewesen; „Deutsche“ und „Araber“ hätten die Neigung, „Politik zu sentimentalisieren“. Warum aber haben „die Deutschen kein Bewusstsein für die existierenden Fragen?“ Die Antworten sind simpel und griffig: Dazu gehören der „deutsche Antiamerikanismus“ (S. 174) und „Verschwörungstheorien“ (S. 181) – worin „sie“ im übrigen ebenfalls „den Arabern“ ähneln –, der Versuch „einer bestimmten Partei“, aus der Krise „Kapital

zu schlagen, um Wahlen zu gewinnen“ bzw. der „Printmedien, um die Auflage zu erhöhen.“ (S. 181).

Vor dem Hintergrund derartiger Aussagen, die insgesamt eher der Dimension des emotionalen Bauches denn politikwissenschaftlicher Analyse zuzurechnen sind, erwartet der Leser dann konkrete Vorschläge zu politischem Handeln. Diese bleiben aus. In seinen Schlussbetrachtungen scheint der Autor eine Ahnung davon zu offenbaren, dass die Gegenwart sich nicht in schwarz und weiß abbilden lässt. Der Ball liegt im Hof der Muslime: „Ohne kulturellen Wandel wird es keine Demokratisierung geben“ (S. 203). Hier hätte sich der von Europa betriebene „Dialog der Kulturen“ einbringen lassen. Aber dafür hat der Autor keinen Blick.

Tibi hat einmal mehr das Verdienst, auf eine komplexe Gemengelage kultureller, religiöser und politischer Natur im Verhältnis „des Westens“ zur „islamischen Welt“ nach dem 11. September 2001 hingewiesen zu haben. Die Art und Weise, wie er es tut, verhindert, dass man ihn so ernst nimmt, wie er ernst genommen werden möchte und vielleicht auch genommen werden sollte.

Prof. Dr. Udo Steinbach, Deutsches Orient-Institut, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg.



Mario Turchetti, Tyrannie et tyrannicide de l'Antiquité à nos jours, Paris 2001 (Presses Universitaires de France), 1046 S.

Anzuzeigen ist ein Werk von stupender Gelehrsamkeit. In handbuchartiger Form und mit bewundernswerter Kenntnis der kaum noch zu übersehenden Fülle an Quellen und Literatur zeichnet der an der Universität Fribourg/Schweiz lehrende Historiker die Konzeptgeschichte der Tyrannis und des Widerstandsrechts nach. Die Entwicklung der Antike, des Mittelalters und der Neuzeit wird bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts mit hoher Eindringlichkeit und Darstellungsdichte analysiert. Das Register der Autoren, die bei diesem Unternehmen eine kritische Würdigung erfahren, umfasst beinahe 40 kleingedruckte Seiten.

Der Band beginnt mit einer etymologischen Betrachtung, die bereits in den Kern dessen vorstößt, was mit dem griechischen Wort *tyrannos* inhaltlich verknüpft worden ist. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand entstammt es keiner indoeuropäischen Sprache, sondern einer anatolischen Mundart. Die frühesten Nachweise gehen auf das 7. vorchristliche Jahrhundert zurück und führen an die Küsten Kleinasiens, wo der lydische König Gyges nach Aussage des griechischen Dichters Archilochos erstmals eine tyrannische Herrschaft ausübte. Im Griechischen waren zu dieser Zeit bereits Bezeichnungen wie Einherrscher (*monarchos*) und König (*basiléus*) verbreitet. Wenn man zu dem Lehnwort *ty-*

rannos griff, so anfänglich anscheinend nicht, um die Machtübernahme durch Usurpation oder eine illegale, gewalttätige Machtausübung zu bezeichnen; solche Inhalte traten später hinzu. Anfänglich habe als *tyrannos* vielmehr jener gegolten, der die Herrschaft absolut, unbeschränkt, unkontrolliert ausübte, ohne jemandem für seine Entscheidungen rechenschaftspflichtig zu sein.

Auch in dieser engen Ursprungsbedeutung besaß der Begriff bereits eine klare pejorative Konnotation, war Ausdruck eines spezifischen Freiheitsbewusstseins und einer Repressionserfahrung. Nach einem Exkurs zu denjenigen Alleinherrschern, die bis zur hellenistischen Epoche als „Tyrannen“ perzipiert und beschrieben wurden, zeigt Turchetti, wie der Begriff in der altgriechischen Dichtung und Tragödie, bei den Historikern Herodot, Thukydides und Xenophon sowie in der vorsokratischen, sokratischen und platonischen Philosophie an semantischem Volumen gewann und schließlich als negativer Verfassungsbegriff der Staatsformen-Hexade des Aristoteles jene Gestalt annahm, in der er seit dem hohen Mittelalter im Zuge der Wiederentdeckung aristotelischer Schriften kanonische Geltung erlangte.

Die pejorative Ursprungsbedeutung unterscheidet *Tyrannis* von anderen negativen Verfassungsbegriffen, die in späterer Zeit vielfach bedeutungsgleich verwendet worden sind. Die *Despotie* kann, jedenfalls nach der einflussreichen begrifflichen Differenzierung des Aristoteles, als Herrschaft über Unfreie (Frauen, Kinder, Fremde, Sklaven) durchaus legal und legitim sein. Der nicht rechenschaftspflichtige militärische Oberbefehlshaber, wie er bei Thukydides als *strategos autokrator* in Erscheinung tritt, ist ebenso eine Verfassungseinrichtung wie der in Rom vom 6. vorchristlichen Jahrhundert an als *Diktator* firmierende Inhaber einer (militärischen, richterlichen, exekutiven) Ausnahme Gewalt. *Autokratie* und *Diktatur* werden erst durch groben Amtsmissbrauch zum Inbegriff unrechtmäßiger Machtausübung.

Dieser Umstand, die Kanonisierung des Tyrannisbegriffs in der politischen Ideengeschichte Alteuropas (als Antithese zum *regimen mixtum* des Verfassungsstaates) und die über Epochengrenzen hinausreichende universalhistorische Bedeutung der Tyrannis im Sinne ungehemmter, unkontrollierter Herrschaftsausübung münden – nach einer langen geistigen Wanderung durch die wechselreiche Begriffsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, deren Verlauf hier nicht nachgezeichnet werden kann – in das Plädoyer des Verfassers für eine Wiederbelebung des Tyrannisbegriffs in der Verfassungs- und Staatsformenlehre. Nach Turchettis Auffassung sind die Diskontinuitäten epochaler Einschnitte, etwa zwischen Mittelalter und Neuzeit oder zwischen Kontinentaleuropa vor und nach der Französischen Revolution, oft ideologisch überzeichnet worden. Daher wendet er sich auch gegen die Auffassung, im 20. Jahrhundert seien Formen nicht-verfassungsstaatlicher politischer Ordnung entstanden, die sich von denen früherer Jahrhunderte so himmelweit unterschieden, dass sie mit den älteren negativen Staatsformenbezeichnungen nicht mehr angemessen zu benennen seien.

Dem Plädoyer des Autors geht eine eingehende Auseinandersetzung mit den verschlungenen konzeptionellen Kontroversen um die „Diktaturen“ des 20. Jahrhunderts und insbesondere der als *totalitär* geltenden Extremform voraus. Wenngleich er insbesondere die frühen Diskussionen der zwanziger und dreißiger Jahre nur in groben Zügen nachzeichnet, erörtert Turchetti doch ausführlich die Argumente jener Autoren, die die Neuartigkeit des Totalitarismus betonen. Wie anhand des umfangreichen historischen Materials deutlich wird, neigten die Klassiker der Totalitarismuskonzeption – und dies gilt vor allem für Hannah Arendt, die den Begriff besonders eng fasst und im Grunde für die terroristischen Phasen des Nationalsozialismus und Stalinismus reserviert – vielfach dazu, die phänomenologische Bandbreite der älteren Tyrannis klischeehaft zu verkürzen, um die epochenspezifischen Charakteristika der neuen Phänomene umso stärker hervorheben zu können. Turchetti mindert demgegenüber die neuartigen Züge totalitärer Herrschaft (ideologische Grundlage, [pseudo]-demokratische Legitimation, Massenmobilisierung, Repressionstechnologie) in ihrer Bedeutung keineswegs herab. Ebenso wenig schließt er sich unbesehen der Argumentation von Autoren an, die schiefe historische Analogien bilden. So weist er Barrington Moores Charakterisierung des politischen Systems der Stadt Genf unter Calvin als Vorläufer totalitärer Herrschaft mit dem Hinweis auf die Konsensbasis und verfassungsmäßige Grundlage dieses politischen Systems zurück.

Turchettis Plädoyer läuft auf eine Tyrannis „with adjectives“ hinaus – mit Attributen, die es erlauben, die verschiedenen Varianten eines universalhistorischen Phänomens zu spezifizieren. Ein Gegenargument könnte lauten, die „totalitäre Tyrannis“ erscheine als durchaus anschlussfähig an moderne sprachliche Konventionen, jedoch erforderten mildere, weil weniger repressive und stärker gesetzesstaatlich reglementierte, Formen einer „autoritären Tyrannis“ wegen des extrem pejorativen Gehalts des negativen Verfassungsbegriffs eine neutralere Bezeichnung. Indes muss dem Autor in seinen – nicht systematisch entfalteten – terminologischen Empfehlungen keinesfalls folgen, wer den geistigen Reichtum seines bedeutenden Werkes rühmt.

*apl. Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung
e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.*



Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa, Darmstadt 2002* (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), 301 S.

Der deutsche Widerstand ist nach 1945 nie ein bloß wissenschaftlich-akademischer Gegenstand gewesen, sondern ein Thema, das für die beiden deutschen Nachkriegsstaaten und ihr politisches Selbstverständnis über lange Zeit eine wichtige legitimatorische Funktion erfüllt hat.

Insbesondere die Verschwörung des 20. Juli 1944, dessen Datum sich im vergangenen Jahr zum sechzigsten Mal jährte, gilt bis heute als eine moralische Instanz, auf deren Vermächtnis sich der demokratische Neubeginn im westlichen Deutschland mit gegründet sah. Unbeschadet der verschiedensten Formen von Opposition gegen das Dritte Reich war sie, wie Hans Rothfels schon Ende der vierziger Jahre festgestellt hat, der mit Abstand sichtbarste Ausdruck eines Widerstands gegen Adolf Hitler und sein Regime oder, mit den Worten Bodo Scheurigs, „mit ihm hatte der Widerstand seine Existenz sichtbar vor aller Welt bezeugt“. Er verkörperte den einzig erfolgversprechenden Versuch, das Regime Adolf Hitlers durch Deutsche selber zu beseitigen. Ohne ihn und seine dramatische Manifestation eines „anderen Deutschland“ würde heute mit einiger Wahrscheinlichkeit von einer deutschen „Widerstandsbewegung“ gar nicht gesprochen werden.

Auf dem Hintergrund dieses deutschen Selbstverständnisses erscheint es heute umso interessanter, einen Blick auf die Rezeption des deutschen Widerstands durch das Ausland zu werfen. Dies ist in Gestalt des vorliegenden und vom Freiburger Zeithistoriker Gerd R. Ueberschär herausgegebenen Sammelbandes – wie schon an dieser Stelle gesagt werden kann – für die Zwecke eines knappen und schnellen Überblicks vorzüglich gelungen.

Die insgesamt 23 Beiträge über ebensoviele Länder, die zu rund zwei Dritteln von dort beheimateten Autoren stammen, sind in vier Gruppen zusammengefasst, wobei auf die „ehemaligen westalliierten und die mit ihnen assoziierten Staaten“ insgesamt zehn entfallen. Die übrigen verteilen sich auf die „neutralen und wieder gegründeten Staaten“ mit sieben sowie auf die „ehemaligen Ostalliierten“ und die „ehemals mit Deutschland verbündeten Staaten“, denen jeweils drei Texte gewidmet sind.

Obgleich das Generalthema „deutscher Widerstand“ lautet, hat doch die Mehrzahl der Beiträge, denen beim Gesamtumfang des Bandes jeweils nur ein recht knapp bemessener Raum zur Verfügung stand, einen deutlichen Schwerpunkt auf den bürgerlich konservativen Widerstand um den 20. Juli gelegt, womit sie der vom Herausgeber selbst in seinem einleitenden Beitrag vorgegebenen inhaltlichen Grundlinie entsprechen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass bei den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschlands sowie in den von einer deutschen Besatzung betroffenen Ländern das hierzulande besonders durch die Schriften von Hans Rothfels und Gerhard Rit-

ter bis heute so gepflegte Bild vom moralisch grundierten „Aufstand des Gewissens“ schwerlich zu vermitteln ist und dies wohl auch noch lange bleiben wird. Dagegen dominiert nicht nur in England, dessen Bearbeitung Lothar Kettenacker übernommen hat, trotz manch verdienstvoller Versuche einer „Ehrenrettung“ aus letzter Zeit bis heute die Sichtweise vom Generalsputsch („plot of the Generals“) und damit die Deutung als eine „Palastrevolution“ innerhalb der deutschen politischen und militärischen Elite im Angesicht der drohenden Niederlage. Die Hervorhebung, ja zuweilen publikumswirksam dramatisierte Heroisierung der eigenen Kriegsanstrengungen verlangt offenbar, vom deutschen Kriegsgegner ein mindestens ebenso geschlossenes Bild zu zeichnen wie von der eigenen Gesellschaft in den Kriegsjahren. Auffällig wie zugleich verständlich erscheint es, dass Länder, deren Gesellschaften zwischen nationalem Widerstand und Kollaboration zerrissen waren, nach 1945 nach einheits- und identitätsstiftenden nationalen Geschichtsmysen strebten, was besonders an den Beispielen Frankreichs unter General de Gaulle und des früheren Jugoslawien unter der Herrschaft Titos deutlich wird. Auch hier prägten die eigenen „vergangenheitspolitischen“ Bedürfnisse lange das Bild Deutschlands und der Deutschen und wirken bis heute nach.

Bei den ehemaligen Kriegsverbündeten des Reiches, für die Beiträge über Italien, Rumänien und Finnland vorliegen, erinnerte man sich lange Zeit ungenau an die widersprüchliche Rolle des eigenen Landes in jener Zeit, was gleichfalls auf die Interpretation der deutschen Verhältnisse (der deutsche Widerstand als „Badoglio-Phänomen“ im Falle Italiens) abfärbte.

Fast schon amüsant liest sich der von Siegwald Ganglmair verfasste Beitrag über Österreich, das sich bezeichnenderweise zusammen mit Spanien, Schweden, der Schweiz oder den wiedererstandenen baltischen Republiken unter den „neutralen und wiedergegründeten Staaten“ „verortet“ findet. Für die Alpenrepublik, deren nationales Eigenbewusstsein erst in den Jahren nach dem „Anschluss“ von 1938 richtig zu erwachen begann, war der „deutsche“ Widerstand, insbesondere der nationalkonservative mit seiner stark im Preußisch-Aristokratischen verwurzelten Umsturzfronde, kein Identifikationsgegenstand. Folglich spielte das Datum des 20. Juli im Bewusstsein der Öffentlichkeit dort niemals eine der Bundesrepublik vergleichbare Rolle. Statt dessen begann Österreich im Zeichen seiner nationalen Identitätsfindung nach 1945 seine eigene gewissermaßen „rot-weiß-rote“ Widerstandsgeschichte zu entdecken, wofür bestimmte Institutionen wie das 1963 in Wien gegründete „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“ (DÖW) als quasi volkspädagogische „Stätte der Erziehung zur Demokratie und zum Patriotismus“ (!) eine zentrale Rolle spielten.

Nicht wenige der Autoren vor allem aus den kleineren und z. T. erst wieder neu entstandenen Ländern – selbst der Vatikanstaat ist mit einem eigenen knappen Beitrag präsent – hatten sichtlich Mühe, genügend Material zur Thematik zu ermitteln, um überhaupt zusammenfassende Aussagen machen zu können. Generell wurde in fast allen Beiträgen der Blickwinkel nicht allein auf den aka-

demischen Bereich der Geschichts- und Politikwissenschaft verengt, sondern auch der Präsenz des Themas in der Öffentlichkeit und den Medien der jeweiligen Länder nachgegangen.

Ein abschließender Blick auf die drei in der Sammlung vertretenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Russland, Lettland und Litauen, mag uns daran erinnern, welchen, von heute aus betrachtet, geradezu grotesken Verzerrungen das Bild vom deutschen Widerstand in den Hochzeiten des Kalten Krieges zwischen Ost und West unterlag. So wurde, bevor mit den Arbeiten Daniil Mel'nikovs ab Mitte der sechziger Jahre ein erkennbar um Sachlichkeit und Differenzierung bemühter Zugang Boden gewann, der 20. Juli als ein federführend von Allen W. Dulles zu verantwortendes Debakel des US-amerikanischen Geheimdienstes und seiner gewissenlos auf persönliche Vorteile bedachten deutschen Agenten dargestellt. In diesem Zusammenhang wäre es durchaus nützlich gewesen, der im Laufe der Zeit gewandelten Einschätzung des 20. Juli in der DDR einen eigenen ergänzenden Beitrag zu widmen, zumal manche der damals verbreiteten Vorstellungen vom bürgerlich-konservativen Widerstand auch im wiedervereinigten Deutschland noch recht präsent sind. Solches aber wäre wohl ein binnendeutsches Thema, das, um einen echten Ertrag zu bieten, eines eigenen Bandes bedürfte. So wird man dem verdienstvollen Unternehmen gegebenenfalls eine vertiefende Fortsetzung in der einen oder anderen Richtung wünschen.

Dr. Manfred Zeidler, Böttgerstraße 2, 60389 Frankfurt a. M.



Edgar Wolfrum (Hg.), *Die Deutschen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2004 (Primus Verlag), 303 S.

Angesichts der Tatsache, dass die Zahl derer, die mit Hilfe eines einzigen Buches ein ganzes Jahrhundert in den Blick nehmen wollen, nicht gerade klein ist, erregt jede Neuerscheinung besondere Aufmerksamkeit, die mit eben diesem Anspruch auf den Büchermarkt drängt. Gleichgültig, ob man die Autoren bzw. Herausgeber alphabetisch ordnet oder eine chronologische Anordnung bevorzugt, wird man das hier zu besprechende Buch so ziemlich an das Ende einer langen Reihe mit durchaus klangvollen Namen stellen müssen. Dort stehen neben zahlreichen anderen Werken bereits so unterschiedliche Bücher wie Karl Dietrich Brachers „Geschichte als Erfahrung. Betrachtungen zum 20. Jahrhundert“, erschienen 2001, und Christian Graf von Krockows „Von deutschen Mythen. Rückblick und Ausblick“ aus dem Jahre 1995, in dem letzterer die „deutsche Jahrhundertgeschichte“ nicht noch einmal nacherzählen wollte, wie er im Vorwort schrieb. Selbst Ernst Noltes „Lehrstück oder Tragödie“, wie er seine Sammlung von Vorträgen, Studien und Interviews nannte, fände auch ohne den

Untertitel „Beiträge zur Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts“ ganz selbstverständlich ihren angemessenen Platz. Der 2004 von Edgar Wolfrum herausgegebene Band „Die Deutschen im 20. Jahrhundert“ wäre besonders den Landeszentralen für Politische Bildung zu empfehlen. Vier Autoren exerzieren einen chronologisch gegliederten Parforceritt durch Politik, Kultur, Wirtschaft und Mentalitäten zwischen Erstem Weltkrieg und Wiedervereinigung, bevor aus der Sicht des „deutschen Gedächtnisses“, dem Schlüsselbegriff des umfangreichen abschließenden Kapitels, ein Gesamtbild dieser Epoche gezeichnet wird. Der Herausgeber will den Fokus auf den Menschen in der Gesellschaft richten, sein Leben, Streben und auch Leiden in den Blick nehmen. Der Band soll mehr als eine Politikgeschichte sein. Deshalb, so erläutert er, griffen die Autoren auch moderne Ansätze der Geschichtswissenschaft auf. Für das „Gesamtbild“ zeichnet Siegfried Speitkamp verantwortlich. Die Einzelbeiträge zur Weimarer Republik verfasste Siegfried Weichlein. Daniela Münkel war für das „Dritte Reich“ zuständig, Julia Angster für die Bundesrepublik. Die vier Beiträge zur DDR schließlich steuerte Stefan Wolle bei.

Dem Anspruch des Herausgebers gerecht zu werden, erwies sich im ersten Kapitel „Demokratie und Diktatur. Grundzüge der Politik“ als besonders schwierig. Weichlein konzentriert sich auf die „Zerstörung der Weimarer Demokratie“ und benennt „vier verschiedene autoritäre Transformations- und Krisenstabilisierungsversuche“, die jeweils „unterschiedliche Ziele verfolgten“ und von verschiedenen Gruppen getragen wurden. Zwischen 1930 und 1933 stellten diese Versuche durchaus Alternativen zum Führerstaat dar, betont er. Daniela Münkel nimmt das „Dritte Reich“ anhand der Trias „Führerstaat – Widerstand – Nonkonformismus“ in den Blick. Führerkult und Hitler-Mythos bildeten eine Klammer, so stellt sie fest, die das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus mit der monokratischen Stellung Hitlers einerseits und polykratischen Herrschaftsstrukturen andererseits trotz hoher Reibungsverluste zusammenhielt (S. 14). „Trotz der zahlreichen Formen nonkonformer Verhaltensweisen bis hin zum Attentat“ attestiert die Autorin der „weitaus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung“, das NS-Regime nicht nur „bis zu seinem bitteren Ende“ mitgetragen, sondern „in weiten Teilen auch mit seiner Politik“ übereingestimmt zu haben. In dem Bemühen, möglichst nichts wirklich Wichtiges unerwähnt zu lassen, überfrachtet Julia Angster ihre dreizehn Seiten Text zur Ankunft der Bundesrepublik „im Westen“ mit Fakten und Ereignissen. Sie schließt mit einem Blick auf das wieder vereinigte Deutschland, in dem sich „die Annäherung der beiden Gesellschaften“ als das „größte Problem“ erweise. Ob das aber tatsächlich und vor allem daran liegt, dass die ostdeutsche Bevölkerung den mit der Westbindung der Bundesrepublik verbundenen „Ideen und Weltbildern“ nach wie vor fremd gegenüber steht, darf zumindest bezweifelt werden. Stefan Wolle lässt die Skepsis darüber, ob die Gründung der DDR ein „Aufbruch im Osten?“ gewesen sei, mit dem Fragezeichen bereits in der Überschrift seines Beitrages erkennen. Durch den Mauerbau sei die DDR im August 1961 „gewissermaßen zu sich selbst“ gekommen und zu einer „geschlossenen Gesell-

schaft“ geworden (S. 44), die jahrelang „ein fast idyllisches Bild“ bot und trotz eines gigantisch aufgeblähten Sicherheitsapparates in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre „allmählich ihren Schrecken verlor“ und sich „merkwürdig müde und resigniert“ präsentierte (S. 49). Wobei auch hier zu fragen ist, welche Brille man tragen musste, um die „bis ins Innere vergiftete Gesellschaft“ (S. 48) als Idylle wahrnehmen zu können.

Im Kapitel „Fußball, Informell und Agitprop – Kulturelle Trends“ erklärt Weichlein Krise und Krisenerfahrung „zur Signatur der Kultur in der Weimarer Republik“ (S. 55). „Neue Sachlichkeit“ sei zum Leitbild der Kultur geworden, der Brückenschlag zwischen Republik und Kultur jedoch nur gelegentlich gelungen. Vielmehr dominierte eine „kulturell tief gehende Republikfeindschaft“ (S. 66). „Entartete“ und „völkische“ Kunst und Kultur rückt Daniela Münkel in den Mittelpunkt ihres Beitrages über die Kulturpolitik des „Dritten Reiches“, einer „Kulturdiktatur mit rassischen und politischen Ausgrenzungsmechanismen“ (S. 76). Julia Angster beschreibt die „Amerikanisierung der Bundesrepublik“ in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, ein „goldenes Zeitalter in Westeuropa“, das erst mit der Ölkrise endete (S. 85). Die auf eine rationalistische Weltdeutung wie auf einen Ausschließlichkeitsanspruch verzichtende „neue Subjektivität“ (S. 86) spiegelte die westdeutsche Selbstbezogenheit wider, die erst durch die deutsche Einheit in Frage gestellt worden sei. Die DDR mit ihrer „von den Wahrnehmungsformen des 19. Jahrhunderts“ geprägten Ästhetik sei nicht nur politisch, sondern auch kulturell „Stalins Kind“ gewesen, behauptet Wolle. Dennoch sei sie für viele Intellektuelle immer „ihr Staat“ geblieben und erst als dieser starb „wurde die DDR-Identität geboren“.

An der Wirtschafts- und Sozialpolitik macht Weichlein im dritten Kapitel den „experimentellen Charakter der Weimarer Republik“ fest (S. 104). Die Schlussfolgerung, dass der Ausbau der Sozialpolitik die Stabilität des Staates nicht gestärkt, sondern untergraben habe, scheint in der gegenwärtigen deutschen Reformdiskussion durchaus der Erinnerung wert zu sein. Gab es ein „deutsches Rüstungswunder“, fragt Daniela Münkel in ihrem Exkurs über die Wirtschaft im „Dritten Reich“ und nimmt damit den vorübergehenden Aufschwung der Rüstungsproduktion unter Albert Speer in den Blick. Neben administrativen Maßnahmen habe vor allem der massenhafte Einsatz von Fremdarbeitern dazu beigetragen, lautet die Antwort. „Wirtschaftswunder und Wohlstandsgesellschaft“, so charakterisiert Julia Angster die Bundesrepublik schon in der Überschrift ihres Beitrages und betont die Leistungen des Sozialstaates, auch bei der Integration von Millionen Vertriebenen, ebenso wie dessen Grenzen – auch hier wieder mit ganz aktuellen Implikationen. Die auf Dauer nicht zu tragenden Belastungen einer dem Primat der Politik über die Ökonomie gehorchenden Planwirtschaft im Wettstreit der Systeme führt Wolle dem Leser an zahlreichen Beispielen eindrucksvoll vor Augen.

„Weltanschauungen wurden zu politischen Religionen“, Parteien zu „politischen Kirchen“, konstatiert Weichlein, wenn er über „Weimarer Weltanschauungen und Organisationsfetischismus“ schreibt. Die „geistige Zerrissenheit“

der Gesellschaft sei durch das Ideal der „Volksgemeinschaft“ überdeckt worden, da Volk und Konflikt sich nicht mehr vertragen (S. 157). In solcherart „staatsfernen Selbstbeschreibungen“ sieht er auch Ursachen für die Aufgabe der das 19. Jahrhundert prägenden Identität von Nation und Staat. Auf die Bedeutung des Rundfunks für die Inszenierung der „viel beschworenen Volksgemeinschaft“, eines der zentralen ideologischen Postulate des Nationalsozialismus“ weist Daniela Münkel in ihrem Beitrag hin, in dem sie Anspruch und Wirklichkeit anhand des Begriffspaars „Volksgenossen“ und „Volksgemeinschaft“ zueinander in Beziehung setzt. Mehr als nur „eine gut inszenierte Propagandaidee“, entfalteten sie eine beträchtliche Integrationsfähigkeit und trugen erheblich zur Herrschaftsstabilisierung bei. Der Liberalisierung der Lebens- und Umgangsformen in der Bundesrepublik nach 1968 und der Suche nach Alternativen zum Materialismus der Industriegesellschaft wendet sich Julia Angster zu. Sie zeigt an einer Reihe von Beispielen, wie der damit einhergehende Wertewandel seinen Ausdruck im Bereich des Politischen fand, und erwähnt zumindest, dass nach dem 11. September 2001 ein „Ende der Spaßgesellschaft“ durchaus im Bereich des Möglichen liegt (S. 180). „Versäumte Revolten und nationales Trauma“ in der DDR betrachtet Wollé in einer auf Berlin fokussierten Darstellung vom Ende des SED-Staates her. Damit blendet er die wohl wichtigeren Entwicklungen in Leipzig und Dresden leider aus. Darüber hinaus verdient das Verhältnis von „Opposition“ und Kirche eine noch differenziertere Darstellung.

Die Beiträge des ersten Teiles stehen im Großen und Ganzen isoliert nebeneinander, durchaus vorhandenes Potential für einen gemeinsamen analytischen Zugriff bleibt in der Regel ungenutzt. So deutlich z. B. Wollé einerseits auch herausarbeitet, in welchem Maße die Bundesrepublik „Projektionsfolie aller Bedrohungsängste, Hoffnungen und Sehnsüchte“ des DDR-Bürgers gewesen ist, so konsequent verzichtet er andererseits aber darauf, den Begriff der „sozialistischen Menschengemeinschaft“ demjenigen der „Volksgemeinschaft“ (vergleichend) gegenüber zu stellen.

Im zweiten Teil des Bandes umreißt Winfried Speitkamp die Geschichte der „Deutschen im 20. Jahrhundert“, wobei die „kollektive Erinnerung“ den Schlüssel für einen analytischen Zugriff bildet. Damit rücken Symbole bzw. symbolische Akte in den Mittelpunkt der Betrachtung. Darüber hinaus gelingt es ihm, die strukturellen Defizite des ersten Teils zu kompensieren. Die „kollektive Erinnerung“ ist in der Tat nicht nur dazu geeignet, die deutschen Diktaturen miteinander zu vergleichen, sondern ein brauchbares Instrument für den Vergleich unterschiedlicher Gesellschaftssysteme überhaupt. Und das trotz des berechtigten Einwandes, auf diese Weise nicht Herrschaftssysteme, Institutionen oder auch Mentalitäten direkt miteinander zu vergleichen, sondern auf dem Umweg über die jeweilige Erinnerungskultur. Streng genommen bedeutet ein solcher Zugriff ja, zwischen dem Beobachter und dem Ereignis über den ersten, durch die verfügbaren Quellen unterschiedlichster Provenienz verkörpert, unvermeidlichen Filter hinaus, einen zweiten anzubringen. Dadurch tritt das Ereignis

selbst zwangsläufig stärker in den Hintergrund bzw. werden die für eine Urteilsbildung verfügbaren Informationen ein weiteres Mal verzerrt. Ein Vergleich zur Aktfotografie sei erlaubt, wo durch Verwendung eines so genannten Weichzeichners die Ästhetik eines schönen Körpers nicht durch als störend empfundene Details beeinträchtigt werden sollte. Nur zustimmen kann man Speitkamp, wenn er abschließend seiner Hoffnung Ausdruck gibt, dass sich das kollektive Gedächtnis künftig „weniger in gemeinsamen Symbolen als im Diskurs selbst“ ausdrücken werde. Dann bliebe die Zukunft der Erinnerung in der Tat „offen“ und von einem Ende der Geschichte müsse „keine Rede“ sein.

Dr. Gerhard Barkleit, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden